

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 43. Sitzung des Ausschusses für Kultur (K/043/2012)

am Dienstag, 26. Juni 2012,

16:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:15 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Dr. Ralf Lunau

Vertretung für Frau Helma Orosz

CDU-Fraktion

Sebastian Kieslich

Christa Müller

Horst Uhlig

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Annekatriin Klepsch

Gunild Lattmann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Christiane Filius-Jehne

Ulrike Hinz

SPD-Fraktion

Wilm Heinrich

FDP-Fraktion

Matteo Böhme

BürgerBündnis / Freie Bürger Fraktion

Jan Kaboth

Verwaltung:

Herr Wiemer

AL Amt 41

Herr Dr. Porstmann

Direktor Städtische Museen Dresden

Herr Strauch

Amt 41

Herr Geisler

Amt 41

Herr Chidiac

Amt 41

Frau Schubert

Amt 41

Frau Walter

Amt 41

Herr Hoffmann

Amt 41

Herr Dr. Klein

Amt 41

Herr Winterfeld

Amt 41

Frau Eichler

Amt 41

Herr Pfohl

Amt 61

Herr Killian

BL GB 4

Herr Jaenicke

Hellerau EZK Dresden

Gäste:

Herr Redemund

DNN

Herr Schmidt

DPG Sachsen e. V.

Herr Eckhardt

Riesa efau

Frau Angele

Riesa efau

Herr Bertram

Stadtrat, SPD-Fraktion

Herr Schulze

Stadtrat, Bündnis 90/Die Grünen

Frau Perkmann

Bürgerin

Schriftführer/-in:

Frau Grützner

Amt 15

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | Kommunale Kulturförderung - Projektförderung zweites Halbjahr 2012 | V1676/12
beschließend |
| 2 | Zuschuss an den TheaterRuine St. Pauli e. V. zur Finanzierung der Betriebskosten aus dem Theaterbetrieb | V1659/12
beschließend |
| 3 | Abwendung der sofortigen Schließung des Kraszewski-Museums | A0631/12
beschließend |

Nicht öffentlich

- | | | |
|----------|--|---|
| 4 | Soziokulturelles Zentrum Friedrichstadt im Stadtgebiet Dresden West/Friedrichstadt (EFRE-Förderung) | V1474/12
beratend
(federführend) |
| 5 | Fortführung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main sowie der Landeshauptstadt Dresden und der Forsythe Company gGmbH ab dem 01.01.2014 bis zum 31.12.2016 | V1711/12
beratend |
| 6 | Informationen der Verwaltung | |
| 7 | Sonstiges | |

Film / Medien (Nr. 55 bis 66):

Zu diesem Bereich gibt es keine Nachfragen.

Interkulturelle Arbeit (Nr. 67 bis 73):

Herr **Geisler** beantwortet Detailfragen der Mitglieder zu Inhalten und Realisierbarkeit von Projekten, die nicht die volle Förderung erhalten sollen.

Literatur (Nr. 74 bis 85):

Frau **StRin Lattmann** erachtet es als dringend notwendig, dass die Finanzierung des Lyrikpreises künftig anders geklärt werde.

Herr **BM Dr. Lunau** weist darauf hin, dass diese Finanzierung nicht zusätzlich bereitgestellt werde. Die Höhe der kommunalen Kulturförderung für 2013 beschliesse der Stadtrat.

Musik (Nr. 86 bis 118):

Frau **StRin Lattmann** teilt mit, die Mitglieder vertreten zu den Projekten Nr. 94 und 95 nicht die Auffassung der Verwaltung. Das Haydn-Orchester (Nr. 95) leiste eine sehr gute Basisarbeit und sollte im Jubiläumsjahr eine anteilige Förderung erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn **StR Kaboth** zum Projekt Nr. 94 erläutert Herr **Dr. Klein**, bei der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie seien vier Schülerkonzerte (eintrittsfrei) und zwei Konzerte mit kalkulierten Einnahmen durch Eintrittspreise vorgesehen.

Frau **StRin Lattmann** bemerkt, die Neue Jüdische Kammerphilharmonie erhalte regelmäßige Förderung durch die Stadt und werde zudem noch durch den Freistaat Sachsen gefördert. In Anbetracht der geringen Mittel insgesamt erscheine ihr die Förderung als zu hoch.

Herr **Dr. Klein** erinnert daran, dass die Neue Jüdische Kammerphilharmonie 2011 institutionelle Förderung i. H. v. 10.000 EUR erhalten habe. Die Verwaltung habe dann aufgrund eines Votums der FAG Musik vorgeschlagen, den Verein nicht mehr institutionell zu fördern, weil der Verein eher projektbezogen arbeite. Es sollte darauf geachtet werden, dass die Förderung nicht in beträchtlichem Umfang sinke. In diesem Jahr seien insgesamt 7.500 EUR (erstes Halbjahr 5.000 EUR) vorgesehen, also geringer als 2011.

Der Freistaat unterstütze das Projekt in erheblichem finanziellen Umfang, das sei ein sehr positiver Aspekt, denn gerade auf die Drittmittel werde bei allen Projekten geachtet.

Frau **StRin Klepsch** wirft die Frage auf, ob die Projektförderung in Anbetracht ihres geringen Umfangs das richtige Mittel zur Unterstützung sei.

Herr **Dr. Klein** antwortet, in Anbetracht der Honorare für jeden Musiker und den Dirigenten pro Konzert werde eine anteilige Förderung vorgeschlagen. Das Projekt sei aufgrund der Größe des Klangkörpers und der Qualität der Musiker sehr kostenintensiv. Die von Frau **StRin Klepsch** genannte Frage müsse hier in diesem Gremium geklärt werden.

Frau **StRin Hinz** gibt zu bedenken, dass es sich bei der Neuen Jüdischen Kammerphilharmonie um Berufsmusiker handle. Bei dem Haydn-Orchester handle es sich um Laienmusiker. Sie erachtet es als ungerecht, dem Laienorchester zum 60. Jahrestag keine Förderung zu bewilligen, denn es werde auch eine Erziehungsarbeit geleistet.

Herr **Dr. Klein** berichtet, die FAG Musik habe dieses Argument auch genannt. Es könnte jedoch nicht erwartet werden, dass das Projekt mit Laienmusikern günstiger realisiert werden würde. Hinter dem Projekt stecken Qualität und Effizienz, denn die Berufsmusiker bieten die Gewähr, dass das Projekt mit wenigen Proben realisiert werden könne. Beim Projekt Nr. 95 seien auch Honorarzahungen vorgesehen, wenngleich nicht für das Orchester. Titel und Konzeption passen hier nicht zusammen, der Projektbeschreibung könne nicht entnommen werden, mit welchen Maßnahmen die angekündigte Verjüngung durchgeführt werden solle. Projektinhalt sei ein Jubiläumskonzert mit durchschnittlichem Inhalt, in der Abwägung sei dies auch ein Aspekt dafür gewesen, das Projekt nicht für eine Förderung vorzuschlagen.

Frau **StRin Lattmann** fragt nach den Gründen, warum die FAG eine Förderung für das Projekt Nr. 95 vorgeschlagen habe.

Herr **Dr. Klein** antwortet, die Verwaltung schätze die Voten der FAG sehr und folge ihnen auch zu über 90 Prozent. Im Bereich Musik betreffe es insgesamt drei Projekte, die zwar als förderwürdig eingeordnet worden seien, aber aufgrund der nicht verfügbaren Mittel sei keine Förderung vorgeschlagen worden.

Frau **StRin Filius-Jehne** möchte wissen, ob beide Projekte noch realisiert werden könnten, wenn Nr. 94 mit 1.500 EUR und Nr. 95 mit 1.000 EUR gefördert werden.

Herr **BM Dr. Lunau** denkt, die Nr. 94 sei im Bestand nicht gefährdet.

Soziokultur (Nr. 119 bis 134):

Auf Nachfragen von Herrn **StR Kaboth**, Frau **StRin Müller** und Frau **StRin Filius-Jehne** erläutert Herr **Winterfeld** das Projekt Nr. 127. Der Verein befinde sich noch in Gründung. Die Förderrichtlinie beinhalte, dass juristische Personen und Privatpersonen - im Unterschied zur institutionellen Förderung - gefördert werden können. In der FAG sei der Antrag sehr positiv bewertet worden, weil es sich hierbei um eine neue Initiative handle, so etwas gebe es bisher in Dresden nicht.

Das Projekt sei durchaus ernst zu nehmen, etwas Neues berge jedoch auch ein Risiko. Die FAG verstehe diesen Vorschlag als eine Anschubfinanzierung. Vergleichbare Veranstaltungsformate habe es bisher noch nicht gegeben, wo Wissenschaftler und Philosophen mit Bürgern ins Gespräch kommen.

Die genannten Einnahmen werden mit den Eintrittsgeldern erbracht. Die Mitglieder des Beirates seien:

- Frau Prof. Dr. Petra Gehring (TU Darmstadt),
- Herr Prof. Dr. Thomas Rentsch (TU Dresden),
- Herr Dr. Moritz Vollmann (TU Dresden),
- Herr Jörg Stübing (Dresden),
- Herr Michael Naumann (Konstanz).

Herr **StR Zinkler** konstatiert als Gleichstellungsbeauftragter seiner Fraktion, es handle sich hierbei um eine reine Männerveranstaltung, deshalb lehne er die Förderung für dieses Projekt ab.

Frau **StRin Klepsch** bemerkt zum Projekt Nr. 124, das Anliegen klinge positiv, doch aus Sicht der Jugendhilfe greife dies in eine Systematik ein, die neue Fragen aufwerfe. Bereits in der Ausbildung erhalten die Erzieherinnen und Erzieher musikalische Bildung, die Grundvoraussetzungen seien eigentlich vorhanden. Sie fragt, über welche Qualifikation die Antragstellerin verfüge und inwieweit Rücksprache mit dem EB Kita genommen worden sei. Externe

Zusatzangebote seien in städtischen Kitas nicht mehr zugelassen, nur noch bei freien Trägern. Sie möchte wissen, ob für die Kinder Teilnahmegebühren anfallen, denn im Projekt werde von einem regelmäßigen Angebot gesprochen. Weiterhin fragt sie, ob Fortbildungsgebühren vorgesehen seien, ob dies mit dem Landesjugendamt abgestimmt worden sei, woher die Drittmittel kommen und an welche Einrichtungen sich dieses Angebot richte.

Herr **Hoffmann** weist darauf hin, dass die kulturelle Bildung eine Querschnittsaufgabe innerhalb der einzelnen FAG sei. Es handle sich hierbei um eine Initiative von Absolventen der Dresdner Musikhochschule, die darauf reagieren möchten, dass die Fachkräfte in den Kitas zwar geschult seien, doch das Geforderte in der Praxis oft nicht umsetzen. Diese Initiative habe er mit dem städtischen Eigenbetrieb in Kontakt gebracht, dort sei das Anliegen sehr wohlwollend aufgenommen worden. Diese Gruppe habe eine allgemein öffentlich zugängliche Ausschreibung für dieses Projekt gestartet, darauf haben sich interessierte städtische Kitas gemeldet. Voraussetzung für die Kontaktaufnahme mit dem Netzwerk sei eine Entscheidung des gesamten Teams gewesen, die Kosten werden aus den Sachkosten der Einrichtungen finanziert. Es handle sich nicht um zusätzliche Angebote, die die Eltern finanzieren müssen.

Frau **StRin Klepsch** empfiehlt, bei künftigen Projekten diese konkreten Angaben bereits in die Projektbeschreibung aufzunehmen.

Bezug nehmend auf das Projekt Nr. 127 wirft Frau **StRin Filius-Jehne** eine generelle Frage auf, ob Antragsteller institutionelle und Projektförderung erhalten dürfen oder nicht.

Herr **Winterfeld** antwortet, Antragsteller für dieses Projekt sei der Verein in Gründung. Die Förderrichtlinie regelt klar, dass nicht der gleiche Zweck doppelt gefördert werden dürfe.

Stadtkulturgeschichte (Nr. 134 und 135):

Zu diesem Bereich gibt es keine Nachfragen.

Frau **StRin Filius-Jehne** beantragt eine **Auszeit**, die an dieser Stelle von Herrn **BM Dr. Lunau** gewährt wird.

Nach der Auszeit stellt Frau **StRin Filius-Jehne** folgenden **Änderungsantrag**:

- | | |
|----------------|--|
| Nr. 95 | Haydn-Orchester Dresden e. V.:
Erhöhung um 2.000 EUR auf 2.000 EUR |
| Nr. 127 | Philosophie-Festival Dresden e. V. i. G.:
Reduzierung um 2.000 EUR auf 1.000 EUR |

Herr **BM Dr. Lunau** bringt den **Änderungsantrag** zur Abstimmung.

Abstimmung: **11 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen** **Ergebnis:** **Zustimmung**

Herr **BM Dr. Lunau** bringt die **Vorlage mit den Änderungen** zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Kultur ist beschließend tätig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur beschließt für das zweite Halbjahr 2012 die Gewährung einer Projektförderung in Höhe der im Einzelnen vorgeschlagenen Fördersummen an die Zuwendungsempfänger gemäß beiliegender Anlage i. H. v. 78.350 EUR mit folgenden Änderungen:

- Nr. 95** Haydn-Orchester Dresden e. V.:
Erhöhung um 2.000 EUR auf **2.000 EUR**
- Nr. 127** Philosophie-Festival Dresden e. V. i. G.:
Reduzierung um 2.000 EUR auf **1.000 EUR**

Abstimmung: 11 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen **Ergebnis:** Zustimmung

2 **Zuschuss an den TheaterRuine St. Pauli e. V. zur Finanzierung der Betriebskosten aus dem Theaterbetrieb** **V1659/12 beschließend**

Herr **Wiemer** stellt die Vorlage vor und begründet den Beschlussvorschlag.

Auf Nachfrage von Frau **StRin Müller** zur Zusammensetzung der Betriebskosten nennt Herr **Wiemer** die Kosten für Strom, Umluftheizung sowie betriebsspezifische Kosten, die mit dem direkten Theaterbetrieb zusammenhängen.

Frau **StRin Müller** bittet um eine Aufstellung der Betriebskosten.

Herr **BM Dr. Lunau** erklärt, es handle sich hierbei nur um eine Prognose, denn die Kosten nach dem Umbau seien nicht vergleichbar mit den Kosten vorher.

Herr **Wiemer** fügt hinzu, bei der institutionellen Förderung rechnen die Vereine das Haushaltsjahr konkret ab. Es könne demzufolge auch zu Rückforderungen kommen, wenn Mittel nicht verbraucht werden. Für den konkreten Fall könne dies gern vorgelegt werden.

Frau **StRin Klepsch** möchte wissen, ob die zusätzlichen Mittel im nächsten Jahr aus dem bisherigen Etat der Kulturförderung oder zusätzlich vom Geschäftsbereich Finanzen und Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden.

Herr **BM Dr. Lunau** weist darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin den Haushaltsplanentwurf für 2013/14 noch nicht unterschrieben habe. Der Finanzbürgermeister werde die gefassten Beschlüsse ernst nehmen, eine Erstattung habe zu erfolgen, er werde darauf achten.

Herr **Wiemer** weist darauf hin, dass sich diese Vorlage auf das Haushaltsjahr 2012 beziehe, damit werden nicht die nächsten Haushaltsjahre präjudiziert. Der Verein müsse diese Mittel künftig bei der institutionellen Förderung mit beantragen.

Herr **StR Kaboth** bittet um eine konkrete Abrechnung der Betriebskosten vor der Haushaltsdebatte, wie sich die 25.000 EUR konkret zusammensetzen, denn eine Prognose müsse unteretzt werden.

Herr **BM Dr. Lunau** macht deutlich, dass eine Prognose nicht als Ergebnis betrachtet werden dürfe. Voraussichtlich werde ein erstes Ergebnis für 2012 erst vorliegen, wenn die Beschlüsse für 2013 bereits gefasst seien. Zwischenstände abzulesen, sei nicht ganz unproblematisch, weil vermutlich erst nach zwei bis drei Jahren klar sei, in welcher Spanne sich die Betriebskosten bewegen werden.

Frau **StRin Klepsch** bemerkt, die STESAD habe das Grundstück St. Pauli Ruine von der Landeskirche gepachtet mit der Auflage einer öffentlichen Nutzung. Bisher habe die Landeshauptstadt die Betriebskostenausfälle direkt an ihre Tochter STESAD ausgeglichen. Sie fragt, warum nun der Umweg über den Verein gegangen werde. Sie vermutet eine „kalte Kürzung“ des Kulturetats, wenn dieser im nächsten Jahr nicht um mindestens die 25.000 EUR aufgestockt werde.

Das könne jederzeit passieren, so Herr **BM Dr. Lunau**, am Ende entscheide der Stadtrat darüber. Auch bei anderen Vereinen werden die Betriebskosten über die Förderung gezahlt, weil sie mit der eigentlichen Bepflanzung des Ortes zu tun haben. Diese Mittel seien derzeit im Haushalt nicht vorgesehen, deshalb brauche die Verwaltung den Beschluss, diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Herr **Wiemer** fügt hinzu, der Verein müsse die Betriebskosten beantragen und dann auch abrechnen, weil diese Kosten auch durch den Verein beeinflussbar seien. Es handle sich also nicht um einen Durchlaufposten.

Es gibt keine weiteren Fragen dazu. Herr **BM Dr. Lunau** bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Kultur ist beschließend tätig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kultur beschließt die Gewährung einer Förderung 2012 an den Theater-Ruine St. Pauli e. V. i. H. v. 25.000 EUR.

Abstimmung: 11 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen **Ergebnis:** Zustimmung

3 **Abwendung der sofortigen Schließung des Kraszewski-Museums** **A0631/12 beschließend**

Einleitend weist Herr **BM Dr. Lunau** darauf hin, dass die Oberbürgermeisterin die Eilbedürftigkeit bestätigt und den Antrag an den Kulturausschuss zur Beschlussfassung überwiesen habe.

Herr **StR Heinrich** beantragt Rederecht für Herrn StR Bertram, dem Antrag wird mit 11/0/0 Stimmen zugestimmt.

Herr **StR Bertram** stellt den Antrag vor und begründet ihn.

Frau **StRin Klepsch** ergänzt zum Punkt 3, unabhängig von der Museumskonzeption sollten die Überlegungen, wie das Kraszewski-Museum künftig weitergeführt werden könnte, dem Kulturausschuss vorgelegt werden.

Herr **BM Dr. Lunau** äußert seine Bedenken zum genannten Termin unter Punkt 3.

Herr **Dr. Porstmann** berichtet, bereits ab 2005/06 habe die Verwaltung über die Entwicklung des Kraszewski-Museums nachgedacht. Aus musealer Sicht sei festgestellt worden, dass die Resonanz auf die alleinige Präsentation des Schriftstellermuseums zu Kraszewski nachgelassen habe. Ergebnis dieser Überlegungen seien die polnischen Kulturtag gewesen, die zu Beginn jährlich und dann aller zwei Jahre veranstaltet worden seien. In diesem Jahr finden nun die dritten polnischen Kulturtag statt.

Die Notsituation im Herbst 2011 habe auch hinsichtlich ihrer Nachdrücklichkeit überrascht, aber es habe einen gewissen Vorlauf gegeben. Diese Überlegungen seien von der polnischen Botschaft, insbesondere von Frau Magdalena Erdmann, positiv aufgenommen worden. Das Konzept habe neben dem Andenken an Kraszewski vorgesehen, das Haus zu öffnen für wechselnde Ausstellungen, es sollte ein Ort entstehen für die Dresdnerinnen und Dresdner zu einer deutsch-polnischen Kulturverständigung. Die Vorstellungen der Verbände zum gestrigen Runden Tisch haben mit diesem Konzept übereingestimmt, an diesem Ort einen lebendigen Austausch der Kulturen zu ermöglichen.

Herr **BM Dr. Lunau** verweist darauf, dass im Zusammenhang mit einer neuen Konzeption auch über die Ressourcen gesprochen werden müsse. Bisher sei im Kraszewski-Museum eine Dauerausstellung mit relativ geringem finanziellen Aufwand gezeigt worden. Wechselausstellungen erfordern weitaus mehr finanzielle Mittel, er müsse prüfen, welche Aufgaben außerdem finanziert werden müssen, die auch hinsichtlich ihrer Priorität zu beachten seien. Die Museen im Verbund arbeiten so erfolgreich, dass erhebliche Mehrbedarfe zu verzeichnen seien, um den Besucheransturm auch entsprechend abbilden zu können. Das betreffe nicht nur das Personal an der Kasse und für die Bewachung, sondern auch finanzielle Mittel zur Reparatur, wie beispielsweise für das Erlebnisland Mathematik, wo die Exponate auch benutzt werden.

Wenn der Antrag eine Mehrheit finde, dann habe er - insbesondere für 2012 - keine andere Möglichkeit, als den vorhandenen Haushalt der städtischen Museen zu belasten. Politische Willensbekundungen, das Museum nach dem 15. Juli weiter zu betreiben, reichen nicht aus, die finanzielle Seite müsse auch beachtet werden.

Herr **Dr. Porstmann** erklärt, bei der Erarbeitung der neuen Konzeption für das Kraszewski-Museum sei auch eine Kalkulation aufgestellt worden. Es werden neben einem neuen Lichtsystem auch einige neue Vitrinen benötigt, dafür sein ein Betrag i. H. v. 80.000 EUR ermittelt worden. Im Dezember 2011 seien für diesen Strukturwandel Fördermittel beim Freistaat Sachsen beantragt und positiv beschieden worden.

Weiterhin seien für drei Wechselausstellungen im Jahr und für einen gewissen Werbeetat ca. 27.000 EUR mehr pro Jahr erforderlich. Derzeit werde das Museum mit ca. 8.000 EUR bis 9.000 EUR betrieben. Das ergebe einen Gesamtbedarf für das Kraszewski-Museum von 35.000 EUR im Jahr. Sowohl die polnische Botschaft als auch polnische Museen seien bei der Erarbeitung der neuen Konzeption eingebunden worden. Es sei signalisiert worden, dass Einzelprojekte, die vorher beantragt werden müssen, unterstützt werden.

Herr **StR Schulze** bemerkt, es gebe nicht nur Einnahmen aus dem Museumsbetrieb, sondern auch aus Vermietungen (Pension) auf dem Grundstück. Die derzeitige Ausstellung sei von Polen kostenfrei zur Verfügung gestellt worden. Er fragt, ob geprüft worden sei, in welcher Weise auch künftig von Polen weitere Ausstellungen für Dresden kostenfrei seien. Bisher sei die Dauerausstellung auch nicht mit Kosten für die Stadt verbunden gewesen. Er bezweifelt den neuen kalkulierten Jahresbedarf von 35.000 EUR.

Wechselausstellungen werden auch zu einer höheren Besucherresonanz führen, was wiederum zu höheren Einnahmen führen werde. Er möchte wissen, ob dieser Aspekt wie auch die kostenfreie Zur-Verfügung-Stellung der Exponate durch den polnischen Partner bei der Kalkulation berücksichtigt worden seien.

Von polnischer Seite sei angekündigt worden, bis 22. Juni 2012 konkrete Untersetzungen zu dem Schreiben vom 4. Juni 2012 zu senden. Er fragt, ob dieses Schreiben vorliege, welche Angebote nun unterbreitet werden und wie die Stadt damit umgehe.

Herr **BM Dr. Lunau** informiert, nach Eingang des Schreibens vom 4. Juni 2012 sei Kontakt mit dem Ministerium aufgenommen worden. Am Freitag werden die Vertreter des Ministeriums in Dresden sein und mit Vertretern der Stadt zur Konzeption und zu musealen und finanziellen Fragen debattieren. In Vorbereitung auf dieses Treffen habe gestern Abend eine Gesprächsrunde mit polnischen Verbänden und Vereinen stattgefunden, es sollten Personen einbezogen werden, die das Museum künftig begleiten. Er habe dabei angekündigt, dass auch die Vertreter der polnischen Verbände und Vereine einbezogen werden, wenn die museale Konzeption erarbeitet worden sei.

Herr **StR Schulze** schlussfolgert, dass bei den Verhandlungen mit den polnischen Vertretern durchaus auch finanzielle Beteiligungen mit vereinbart werden können, sodass die genannten 35.000 EUR nicht komplett benötigt werden.

Herr **BM Dr. Lunau** widerspricht dieser Feststellung, die 35.000 EUR beziehen sich auf konzeptionelle Überlegungen der Verwaltung, bevor das Angebot des polnischen Kulturministeriums vorgelegen habe. Als die Exponate zurückgeführt werden mussten, sei eine neue Konzeption für Wechselausstellungen in einem Kraszewski-Haus erarbeitet worden. Hierbei müssen regelmäßige Kosten für Transporte, zusätzliche Versicherungen, Aufbereitung von Ausstellungen, Scouts zur Akquise von Ausstellungsstücken etc. berücksichtigt werden. Die Verwaltung habe diese Kosten gewiss nicht großzügig kalkuliert.

Herr **Dr. Porstmann** erläutert, die 35.000 EUR seien auf der Grundlage des gemeinsamen Willens auch von polnischer Seite Anfang des Jahres kalkuliert worden. Ausstellungskosten bestehen aus Sachkosten, Honoraren und Werbung. Als Vergleich nennt er die großen Wechselausstellungen hier im Landhaus, die Kosten dafür betragen zwischen 50.000 EUR und 80.000 EUR. Mit Unterstützung der Querschnittsabteilungen lassen sich im Kraszewski-Museum drei Wechselausstellungen jährlich für 35.000 EUR realisieren. Das Bemühen um Sponsorenmittel sei nicht zuverlässig erfolgreich, sodass immer eigene Mittel zur Verfügung stehen müssen. Meist kommen Zusagen auch erst dann, wenn die Arbeit bereits erledigt sei.

Die erzielten Einnahmen werden dann sicher höher sein. In den Museen werden Einnahmen aus einem gemischten Portfolio erzielt, z. B. aus Vermietung von Garten und Café, Eintrittsgeldern und Copy right. Mehreinnahmen müssen beantragt und von der Kämmerei genehmigt werden. Mit dem neuen Konzept werde sicher ein Teil der Mehrausgaben kompensiert werden können, allerdings müsse hierbei auch die Größe des Museums und seine Möglichkeiten beachtet werden, zudem erfülle es einen wichtigen Bildungsauftrag für die Jugendlichen vor Ort.

Auf Nachfrage von Frau **StRin Müller** informiert Herr **BM Dr. Lunau**, es sei vierseitiges Schreiben per Fax eingegangen, welches Arbeitsgrundlage für die Konzeption am Freitag sein werde.

Frau **StRin Müller** möchte wissen, was ab 16. Juli 2012 im Kraszewski-Museum gezeigt werden solle, wenn der Beschluss gefasst werde, das Museum nicht zu schließen.

Herr **Dr. Porstmann** informiert, im September finden die polnischen Kulturtage statt, dazu sei eine Ausstellung „Über Grenzen“ von Tatjana Utz geplant. Die Künstlerin sei bereit, das Haus zu unterstützen und die Ausstellung vorfristig zu installieren, sodass Ende Juli eine neue Ausstellung eröffnet werden könnte, über die Kosten werde noch verhandelt.

Frau **StRin Müller** bezieht sich auf die Gesprächsrunde am gestrigen Tag und fragt nach den Teilnehmern und den Ergebnissen.

Herr **BM Dr. Lunau** antwortet, an dem Gespräch haben Vertreter der Vereine Polonia, Deutsch-Polnische Gesellschaft und conduco, des polnischen Kulturinstituts (Leipzig), Herr Prof. Prunisch (TU Dresden), Herr Wiemer, Frau Schoger, Frau Dr. Eschebach, Herr Dr. Porstmann und er teilgenommen. Inhaltlich sei deutlich geworden, dass die Vorstellungen der städtischen Museen an vielen Stellen Übereinstimmungen haben mit denen der Vereine und

Verbände. Einzelne, z. T. sehr praktische Fragen müssen noch besprochen werden. Einigkeit habe dahin gehend bestanden, das Thema „Kraszewski“ aufzuweiten, um auch für die Zukunft eine Aussage treffen zu können.

Herr **StR Schulze** erinnert daran, dass die Exponate aufgrund eines polnischen Gesetzes zurückgeführt werden mussten. Er meint, es wäre Aufgabe der Verwaltung gewesen, dem Stadtrat eine Vorlage zu neuen Betriebskosten (analog der St. Pauli Ruine) vorzulegen. Das wäre besser gewesen als eine Pressemitteilung zur Schließung des Museums. Er fragt Herrn BM Dr. Lunau, was ihn dazu bewogen habe.

Herr **BM Dr. Lunau** macht deutlich, dass er nicht über freie Mittel verfüge.

Der Finanzbürgermeister habe ein Budget von nicht zweckgebundenen Mitteln für nicht vorhersehbare Dinge, die auch innerhalb eines beschlossenen Doppelhaushalts noch zur Verfügung gestellt werden können, so Herr **StR Schulze**. Er denkt, dieses Verfahren hätte zuerst angewendet werden müssen, bevor eine Schließung in Erwägung gezogen werde, weil es keinen anderen Weg gebe.

Herr **BM Dr. Lunau** verweist auf die St. Pauli Ruine, diese Mehrkosten werden aus dem Budget der institutionellen Förderung in seinem Geschäftsbereich finanziert, welches dafür vorgesehen sei. Er verfüge über keine freien Mittel, die er für das Kraszewski-Museum einsetzen könne.

Dann hätte Herr BM Vorjohann einbezogen werden müssen, stellt Herr **StR Schulze** fest, es handle sich hier um eine außergewöhnliche Situation. Für dieses Jahr hätten die Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt und für nächstes Jahr in den Haushaltsplan eingeplant werden können.

Herr **BM Dr. Lunau** erwidert, wenn er bestimmte Dinge nicht berichte, heiße das nicht, dass sie nicht stattgefunden haben.

Herr **StR Kieslich** fragt, ob es auch diesbezügliche Gespräche mit dem Freistaat Sachsen gebe hinsichtlich einer Beteiligung. Des Weiteren möchte er wissen, wie der Kulturausschuss in den Prozess weiter einbezogen werden solle.

Herr **BM Dr. Lunau** berichtet, der Freistaat habe sich frühzeitig zu diesem Museum bekannt und den Bescheid erteilt über einmalig 37.500 EUR für die Umstellung von Dauer- auf Wechselausstellungen. Die Verwendung dieser Mittel setze eine Komplementärfinanzierung in gleicher Höhe voraus, die er für 2012 leider nicht zur Verfügung habe.

Wenn die Gespräche mit den polnischen Partnern abgeschlossen seien und die Konzeption vorliege, werde er die Gremien umgehend darüber informieren.

Herr **StR Schulze** meint, wenn der Freistaat 37.500 EUR beschieden habe, dann sei ganz klar, dass der städtische Anteil erbracht werden müsse.

Dem sei nicht so, widerspricht Herr **BM Dr. Lunau**. Unter Wahrung von Fristen habe er versucht, die Option zu erhalten und die Mittel vorsorglich zu beantragen. Das alles habe zu einem Zeitpunkt stattgefunden, als es von polnischer Seite keinerlei Angebote gegeben habe.

Herr **StR Schulz** ist der Ansicht, dass dem Stadtrat eine Vorlage zur Sicherung der Kofinanzierung hätte vorgelegt werden müssen.

Herr **BM Dr. Lunau** macht nochmals darauf aufmerksam, der Umstand, dass Herr StR Schulze nichts davon erfahren habe, bedeute nicht, dass es dazu keinerlei Aktivitäten gegeben habe. Es gebe ein Budgetrecht, das vorschreibe, welche finanziellen Mittel in diesem Jahr für die Kultur vorgesehen seien. Es gebe noch weitere Projekte in der Stadt, wo über eine Kofinanzierung entschieden werden müsse. Es habe interne Gespräche gegeben, er

habe festgestellt, dass er nicht guten Gewissens vorschlagen könne, diese Konzeption weiter zu verfolgen. Wenn er die Mittel zur Verfügung hätte, müsste er überlegen und abwägen, ob diese Mittel nicht besser in anderen Museen, die noch über ihre Exponate verfügen und einen hohen Besucheransturm bewältigen müssen, eingesetzt werden müssten, um die Qualität zu sichern, bevor er ein neues Museum erfinden müsse.

Frau **StRin Klepsch** fragt, wann die Zusage zur Landesförderung eingegangen sei und ob die Mittel aus dem Strukturfonds des Kulturraumgesetzes zur Verfügung gestellt werden und wie lange die Mittel noch in Anspruch genommen werden können.

Des Weiteren möchte sie wissen, welche Vorstellungen das Liegenschaftsamt als Verwalter des Gebäudes habe bzw. ob die Konzeption unterstützt werde. Bisher habe es eine Kooperation mit der Kulturstiftung gegeben, sie fragt nach Einzelheiten und Vorstellungen dazu. Es gebe zudem in Dresden einige Schulen, die deutsch-polnische Beziehungen pflegen. Sie fragt nach konkreten Beziehungen und einer möglichen Zusammenarbeit.

Herr **Wiemer** erklärt, die 37.500 EUR seien vom Amt für Kultur und Denkmalschutz beantragt worden. Die Zusage sei Anfang 2012 gekommen, es handle sich um Mittel aus dem Strukturprogramm des SMWK, welche wiederum ein geringer Teil der Mittel aus dem Kulturraumgesetz seien. Diese Mittel stehen insbesondere für Strukturveränderungen bestehender Kultureinrichtungen zur Verfügung und müssten bis Ende 2012 verbraucht werden.

Herr **Dr. Porstmann** schildert nochmals die Zusammensetzung der erforderlichen Mittel, die zum einen einmalig die Strukturwandlung gemeinsam mit den Fördermitteln finanzieren solle und zum Anderen den weiteren jährlichen Betrieb mit Wechselausstellungen sichern solle.

Die Kulturstiftung des Freistaates Sachsen habe das Museum in den letzten Jahren regelmäßig unterstützt, bei allen polnischen Kulturtagen sei ein finanzieller Beitrag geleistet worden. Für dieses Jahr sei die Förderung bereits bestätigt worden.

Frau **StRin Müller** möchte wissen, ob die derzeitige Ausstellung über den 15. Juli 2012 hinaus verlängert werden könnte.

Herr **Dr. Porstmann** meint, die Ausstellung sei lange genug gezeigt worden. Es gebe bereits eine Folgeausstellung. Er habe gehofft, dass in der Verwaltung ein Konsens zu erreichen wäre, für eine kulturpolitische Bildungsaufgabe 35.000 EUR zur Verfügung zu stellen. Sollte das nicht möglich sein, bittet er darum, wenigstens einen Beschluss zu fassen, dass die Komplementärmittel zur Verfügung gestellt werden als Anschubfinanzierung. Er werde versuchen, Mittel bei Sponsoren und Stiftungen zu akquirieren.

In dem Gespräch gestern sei deutlich geworden, dass der Verein Polonia bereits mit Schulen zusammenarbeite und dies gern mit dem Haus verknüpfen möchte.

Herr **StR Bertram** berichtet, zwei Gymnasien haben Kontakte zu polnischen Partnern. Er resümiert, es gebe von mehreren Seiten Bestrebungen und Unterstützungsangebote für den Erhalt des Museums. Insofern mache er sich keine Gedanken zur Finanzierung der Zukunft des Museums, auch im Hinblick auf den nächsten Doppelhaushalt, da es sich um einen mäßigen Betrag handle. Man sollte optimistischer und dynamischer an die Sache herangehen und Beschlüsse fassen.

Herr **BM Dr. Lunau** hat Sorge, dass hier politische Beschlüsse gefasst werden, die finanziell nicht untersetzt seien. Ein Museum zu retten dürfe nicht die Qualität der anderen Museen infrage stellen.

Herr **StR Kieslich** fragt, ob zum Zeitpunkt der Beantragung von Fördermitteln bereits bekannt gewesen sei, dass für die Umstrukturierung 75.000 EUR benötigt werden bzw. der Eigenanteil der Stadt 37.500 EUR betrage.

Herr **Dr. Porstmann** erklärt, die Überlegungen zur Umstrukturierung des Hauses habe es schon länger gegeben. Dabei seien auch die Kosten ermittelt und mit 75.000 EUR beziffert worden. Als der Abtransport der Exponate verhindert werden sollte, habe es große Unterstützungen des Ministeriums und der Botschaft gegeben. Der Antrag auf Förderung sei noch im Dezember gestellt und Anfang des Jahres positiv beschieden worden mit der Zusage auf 37.500 EUR.

Herr **StR Schulze** stellt den **Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.** zum Eilantrag vor:

Beschlussvorschlag:

Punkt 2 wird geändert wie folgt:

- a) Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, aufgrund der von polnischer Seite wie auch seitens der sächsischen Staatsregierung geäußerten Unterstützungs- und Finanzierungszusagen eine Neukonzeption des Kraszewski-Museums **zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum 1. September 2012 vorzulegen. Dabei ist zu beachten, dass eine langfristige Konzeption erarbeitet wird, die die gültige Rechtsprechung des polnischen Partners berücksichtigt.**
- b) **Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für die am 15. Juli 2012 endende Ausstellung ist bis zur Erarbeitung und Beschluss der Neukonzeption eine temporäre Ausstellung zu organisieren, um einen evtl. Leerstand des Hauses zu vermeiden.**
- c) **Weiterhin wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, für die Erarbeitung der Neukonzeption und die Weiterentwicklung des Hauses als lebendigen deutsch-polnischen Begegnungsort einen Runden Tisch zu bilden, an dem die in Dresden bestehenden deutsch-polnischen Verbände und Institutionen (z. B. Polonia e. V., Deutsch-Polnische Gesellschaft, conduco e. V. Institut für Slawistik und weitere) beteiligt werden und diese als Nutzer für die Zukunft stärker an der Weiterentwicklung beteiligt werden.**
- d) **Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die notwendigen Komplementärmittel für die Neukonzeptionierung aus freien Mitteln bereitzustellen.**

Punkt 3 wird geändert wie folgt:

Die dem Kulturamt und der Oberbürgermeisterin vorliegende Neukonzeption des Kraszewski-Museums dem Stadtrat vor den Haushaltsberatungen für 2013/14 bis zum **1. September 2012** zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Frau **StRin Müller** beantragt eine **Auszeit**, die Herr **BM Dr. Lunau** an dieser Stelle gewährt.

Frau **StRin Müller** und Herr **StR Bertram** tragen einen gemeinsamen **Ersetzungsantrag** vor:

Herr **BM Dr. Lunau** bringt den **Ersetzungsantrag** zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Kultur ist beschließend tätig.

Beschluss:

- 1.) *Der Stadtrat unterstützt die Oberbürgermeisterin, auf der Grundlage der von der polnischen Seite unterbreiteten Angebote das Kraszewski-Museum über den 15. Juli 2012 hinaus weiterzuführen und eine neue Konzeption zu verhandeln.*
- 2.) *Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, aufgrund der von polnischer Seite wie auch seitens der sächsischen Staatsregierung geäußerten Unterstützungs- und Finanzierungszusagen eine Neukonzeption des Kraszewski-Museums zu erarbeiten und dem Stadtrat bis zum 30. September 2012 vorzulegen.*
- 3.) *Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Sachmittel für die Weiterbetreuung des Kraszewski-Museums im Doppelhaushalt 2013/14 einzuplanen und dem Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften eine Vorlage zur Kofinanzierung der bewilligten Landesförderung bis zum 1. September 2012 zum Beschluss vorzulegen.*

Abstimmung: 11 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen **Ergebnis:** Zustimmung

Weitere Punkte werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Dr. Ralf Lunau
Vorsitzender

Elke Grützner
Schriftführerin

Christiane Filius-Jehne
Stadträtin

Stefan Zinkler
Stadtrat